

Wachstum nachhaltig sichern – ein 6-Punkte-Plan

Unsere Wirtschaft steht aktuell vor großen Herausforderungen: Während die Konjunktur schwächelt müssen Industriebetriebe ebenso wie viele kleine und mittlere Unternehmen (KMU) immer noch die multiplen Krisen der vergangenen Jahre bewältigen. Die Koalition schafft jetzt die Voraussetzungen, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen und wird dabei ihr wichtigstes Ziel weiterhin konsequent verfolgen: Die Transformation hin zu einer digitalisierten und klimaneutralen Wirtschaft mit guten, tariflich bezahlten Arbeitsplätzen.

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat sich daher umfassend mit den Herausforderungen der Transformation, der Planungsbeschleunigung, der Sicherung bezahlbarer Energieversorgung, dem Wasserstoffhochlauf, der Fachkräftegewinnung sowie der Stärkung guter, mitbestimmter und tariflich bezahlter Arbeit sowie Industriepolitik im europäischen Kontext auseinandergesetzt, dazu Positionen entwickelt und diese in der Regierung zum Teil durchgesetzt oder auf den Weg gebracht.

Klar ist aber auch: Um die Konjunktur zu beleben, den Reformstau weiter anzugehen und dabei gleichzeitig die Transformation unserer Wirtschaft voranzubringen, müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher ein 6-Punkte Maßnahmenpaket, das im Rahmen der letztlich zur Verfügung stehenden Mittel umgesetzt werden sollte:

1. Mehr und günstigere Energie für den Industriestandort Deutschland

- Niedrige Energiepreise sind eine Grundvoraussetzung für viele Investitionsentscheidungen am Standort Deutschland. Der Schlüssel dafür ist ein massiv zu beschleunigender Ausbau der erneuerbaren Energien (EE). Nachdem die Unionsparteien diesen über viele Jahre blockiert haben, hat die Ampel-Koalition bereits umfangreiche Maßnahmen für einen schnellen EE-Ausbau – auch durch den Abbau von Hemmnissen – beschlossen. Damit tragen wir bereits heute dazu bei, die Energieversorgung mittelfristig zu wettbewerbsfähigen Preisen zu sichern. Deshalb werden wir auf diesem Weg engagiert voranschreiten, um insbesondere den Ausbau von Windkraft und Solarenergie, aber auch der weiteren Erneuerbaren weiter zu beschleunigen. Dazu gehört auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für direkte Stromlieferverträge (Power Purchase Agreements (PPA)), etwa durch staatliche Ausfallgarantien. Mit Contracts for Difference-Verträgen kann effektiv Investitionssicherheit geschaffen werden. Zudem gilt es, die Möglichkeiten des bestehenden Erneuerbare-Energie-Gesetzes (EEG) auszuschöpfen. Auch Bürger:innen ohne eigenen Besitz von Flächen oder Immobilien sollen stärker vom Ausbau der erneuerbaren Energien profitieren. Deshalb begrüßen wir die geplanten Erleichterungen für die gemeinschaftliche Eigenversorgung und den Mieterstrom. Ebenso wollen wir das Energy Sharing gezielt ermöglichen, um sowohl beim Wohnen in Quartieren als auch bei Gewerbeprojekten die Versorgung mit günstiger grüner Energie zu vereinfachen. Zusätzlich müssen die im EEG vereinbarten Ausbauziele fest in der Netzausbauplanung verankert werden. Denn nur mit einem vorausschauenden Netzausbau und netzdienlicher Sektorenkopplung erreichen wir eine bessere Synchronisierung zwischen Stromnetz- und EE-Anlagen-Ausbau. Wir müssen zudem auf die drastische Unterzeichnung von Ausschreibungen im Bereich Wind- und Solarenergie reagieren, von denen heute Dumping-Produkte gefördert werden. Es bedarf wettbewerbsschützender Maßnahmen, um Produkten, die sozialen und ökologischen Standards

entsprechen, einen Markt zu bieten und so auch die bestehende drastische Importabhängigkeit zu überwinden.

- Bis ausreichend erneuerbare Energien zur Verfügung stehen, brauchen wir als Übergangslösung einen Transformationsstrompreis, der Deutschland schon jetzt wettbewerbsfähiger macht. Dazu gehören für die SPD-Bundestagsfraktion insbesondere drei Elemente¹:
 - Wettbewerbsfähiger Strompreis: Ein zeitlich begrenzter, unbürokratischer, auch für energieintensive Mittelständler zur Verfügung stehender Strompreis von 5 ct/KWh für einen klar definierten Empfängerkreis.
 - Differenzvertragspool: Eine Umstellung der Förderung neuer EE-Anlagen auf so genannte Differenzverträge und die Etablierung eines Erneuerbaren-Pools mit dem Ziel, die zunehmende Preisvolatilität und die damit einhergehende Planungsunsicherheit für neue EE-Anlagen und die Industrie zu reduzieren.
 - Ausbaubonus: Einen Anreiz für Unternehmen in den beschleunigten EE-Ausbau zu investieren.
- Die fehlende Planungssicherheit aufgrund der ausstehenden beihilferechtlichen Genehmigung für Ausschreibungen für wasserstofffähige Gas-Ersatzkraftwerke führt zu Unsicherheiten bei Investoren, einer potenziellen Verknappung von Strom und damit hohen Strompreisen sowie einer Gefährdung der Versorgungssicherheit. Es ist daher schnellstmöglich zu klären, wie bis zum Jahr 2030 die angekündigten H2-ready-Gaskraftwerke die dann erforderlichen Strommengen liefern sollen. Wir brauchen ein klimaneutrales Stromsystem, das sich auf die fluktuierenden Eigenschaften der Erneuerbaren anpasst, um Versorgungssicherheit durch erneuerbare Energien zu realisieren.

2. Eine Investitionsstrategie für die Wirtschaft

- Dank einer aktiven Industriepolitik ist es gelungen, eine Reihe neuer Zukunftsbranchen in Deutschland anzusiedeln (Northvolt, Intel, Wolfspeed, TSMC). Diesen Weg wollen wir fortsetzen und erfolgversprechende Industrieansiedlungen in allen Teilen Deutschlands weiter forcieren.
- Um unsere wirtschaftliche Stärke zu sichern, brauchen wir weiterhin massive staatliche und private Investitionen: In neue Industrieansiedlungen ebenso wie in Forschung und Entwicklung, in die Transformation bestehender Unternehmen ebenso wie in Startups, die zu DAX-Konzernen von morgen werden können.
- Über die direkte Förderung bestimmter Standorte hinaus gilt es, das Umfeld für private Investitionen in die Ansiedlung von Zukunftsbranchen wie Mikroelektronik, Windkraft, Photovoltaik oder Batteriezellen attraktiver zu gestalten.
- Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen wollen wir besonders fördern. Die mit dem Wachstumschancengesetz geplante Klima-Investitionsprämie ist dafür ein erster wichtiger Baustein, den wir weiter stärken wollen. Die Investitionsprämie muss bei den Fördermöglichkeiten und der finanziellen Ausstattung so ausgestaltet sein, dass sie einen schnell und in der Breite wirksamen Anreizeffekt für klimafreundliche Zukunftsinvestitionen gibt.
- Ein weiterer Baustein bei der Förderung klimafreundlicher Investitionen sind die Klimaschutzdifferenzverträge. Hier erwarten wir eine unbürokratische und mittelstandsfreundliche Ausgestaltung.
- Eine starke Wirtschaft nutzt die Innovationskraft der Digitalisierung. Diese Innovationskraft wollen wir weiter stärken und setzen daher insbesondere auf die Förderung und den Ausbau von Künstlicher Intelligenz (KI), Quantencomputing und Cloud Computing. Wir unterstützen eine auf europäischen Werten basierende KI-Regulierung. Die Bundesregierung sollte sich zu (ressortübergreifenden) Maßnahmen zur Förderung und gesellschaftlichen Gestaltung von KI stärker koordinieren. Insbesondere die Finanzierung dieser Maßnahmen und die Verteilung der Fördermittel bedürfen einer engen Abstimmung.
- Wir fordern einen koordinierten Aufbau von Datenräumen, der auch über Ressortgrenzen hinweg betrachtet wird und Qualitätsstandards, Schnittstellen, Datenbereitstellungspflichten und eine

¹ Siehe ausführlich: Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion „Drei Weichenstellungen für wettbewerbsfähige Strompreise jetzt und in Zukunft“

notwendige Transparenz berücksichtigt, um eine effektive Datennutzung möglich zu machen. Das Großprojekt Gaia-X muss seitens des Bundeswirtschaftsministeriums evaluiert werden.

- Um die Innovationskraft der Wirtschaft zu erhalten, bedarf es massiver Investitionen in Forschung und Entwicklung und noch besserer Umsetzung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse in marktreife Produkte und Verfahren:
 - Gezielte Forschungsinvestitionen fördern Zukunftstechnologien und Wertschöpfung in Deutschland. Wir nutzen Forschungsstärken und beschleunigen den Transfer von Innovationen durch schnelle Entscheidungen und Förderprogramme. Relevante Forschungsentscheidungen zu Schlüsseltechnologien wie Wasserstoff, Speicherung, Bio- und Quantentechnologie und autonome Systeme sind jetzt zu treffen und finanziell abzusichern. So signalisiert Deutschland Unterstützung für diese Technologien, fördert Exzellenz und lockt Investitionen. Grundlagenforschung wird technologieoffen gemäß Bund-Länder-Vereinbarungen bis zur Mitte des nächsten Jahrzehnts finanziert.
 - Dazu wollen wir mehr Kooperation im Wissenschaftssystem anregen, um stärkere Forschungscluster für die großen Fragen der Transformation zu schaffen. Die Förderung von wissensintensiven Gründungen unserer Forschungseinrichtungen wollen wir fördern und rechtliche Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit mit Dritten verbessern. Ziel ist es, Ideen schneller, effizienter und einfacher in eine Ausgründung zu bringen.
 - Um den Wissenstransfer zu beschleunigen, wollen wir die Deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI) als eine Dachmarke für wissensgetriebene Förderlinien entwickeln. Mit der Förderung anwendungsorientierter Forschung insbesondere an Hochschulen für angewandte Wissenschaften wird die DATI regionale Innovationsräume stärken und KMU, Kommunen und soziale Innovatoren vernetzen und fördern.
 - Auf der Suche nach Zukunftsfeldern unterstützt die Bundesagentur für Sprunginnovationen (SPRIND) Forschende und Erfindende. Mit dem SPRIND-Freiheitsgesetz geben wir mehr Raum für neue Ideen.
 - Forschung und Innovation sind teuer und gerade für KMU eine Kraftanstrengung. Mit einer erweiterten steuerlichen Forschungsförderung gilt es einen zusätzlichen Impuls zur Stärkung der technologischen Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit des Unternehmensstandorts zu geben. KMU werden wir dabei mit einer Anhebung des Fördersatzes bei der steuerlichen Forschungszulage verstärkt unterstützen.
 - Die industrielle Gemeinschaftsforschung leistet einen wichtigen Beitrag im Innovationssystem. Wir setzen uns dafür ein, dass der Mittelansatz auf hohem Niveau gehalten wird.
 - Wir stellen uns den wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Debatten zu neuen Technologien wie den grünen Biotechnologien, dem chemischen Recycling oder der CO₂-Nutzung oder -abscheidung.²
- Zur Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft gehören attraktive Rahmenbedingungen für Startups. Das Zukunftsfinanzierungsgesetz bietet den richtigen Rahmen, um wichtige Meilensteine aus der Startup-Strategie der Bundesregierung umzusetzen. Dazu gehört eine arbeitnehmerfreundliche Ausgestaltung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung sowie die Erleichterung von hiesigen Börsengängen und damit Zugangs von Unternehmen zum Kapitalmarkt und der Aufnahme von Wachstumskapital.
- Mit dem stetigen Ausbau des Zukunftsfonds auf ein Volumen von bis zu 30 Milliarden Euro an öffentlichem und privatem Kapital stellt die Bundesregierung sicher, dass ausreichend Kapital in wichtige Transformationsbereiche wie KI-Forschung, Deep Tech oder Climate Tech fließen kann.

² siehe dazu: Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion zu „Negativemissionstechnologien (CCU/S) – zum Umgang mit unvermeidbaren Restemissionen“

3. Fachkräfte für die Zukunft der Wirtschaft gewinnen

Der künftige wirtschaftliche Erfolg unseres Landes hängt in hohem Maße davon ab, ob es uns gelingt, genügend Fachkräfte für die Wirtschaft zu gewinnen. Deshalb haben wir uns als SPD-Bundestagsfraktion umfassend zu diesem Thema positioniert und in der Koalition eine Reihe von Maßnahmen durchgesetzt. Auf dem eingeschlagenen Weg wollen wir weiter vorangehen und dabei auf folgende Schwerpunkte setzen:

- Erwerbstätigkeit ermöglichen durch Stärkung der sozialen Berufe: Ohne ausreichend Personal in diesen Berufen können viele Menschen einer Erwerbsarbeit nicht oder nur eingeschränkt nachgehen, weil sie sich um Kinderbetreuung, die Pflege von Angehörigen oder Unterstützung von Menschen mit Behinderungen kümmern müssen. Wir wollen die Rahmenbedingungen für erwerbstätige Frauen durch den weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung verbessern.
- Fachkräfteeinwanderung: Wir entwickeln Deutschland mit der vor kurzem beschlossenen Novellierung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes zu einem modernen Einwanderungsland weiter, um die besten Kräfte aus aller Welt für unser Land zu gewinnen. Entsprechend begleiten und forcieren wir den Kulturwandel in der Verwaltung hin zu einer proaktiven „Willkommenskultur“. Dazu gehört auch, den Auftritt der Bundesregierung gegenüber Fachkräften aus dem Ausland zielgruppenorientiert zu überarbeiten. Wir begrüßen daher Pilotprojekte zur gezielten Anwerbung von Fachkräften und nutzen die dabei gewonnenen Erkenntnisse.
- Starke schulische und berufliche Bildung: Berufliche und akademische Bildung sind wichtige und gleichwertige Wege von beruflicher Bildung. Das hohe Qualifikationsniveau in den dualen Ausbildungsberufen ist ein nahezu einmaliger Standortvorteil für unser Land, den es zu erhalten und zu fördern gilt. Jugendliche sollen daher besser über die große Bandbreite an dualen Ausbildungsberufen informiert werden, insbesondere über die vielfältigen Karrieremöglichkeiten im Handwerk. Wir wollen außerdem den Zugang zur Meisterausbildung erleichtern, indem wir die Kosten von Meisterkursen und -briefen für die Teilnehmer:innen deutlich senken.
- Wir stärken die Aus- und Weiterbildung. Besonders wichtig ist uns die Ausbildungsplatzgarantie für alle jungen Menschen. Wir setzen alle Hebel in Bewegung, damit sie ihre Ausbildung machen können und zu Fachkräften von morgen werden. Denen, die aus eigener Kraft keinen Ausbildungsplatz finden, geben wir mit einem rechtlichen Anspruch auf eine außerbetriebliche Ausbildung eine echte Perspektive. Zudem entbürokratisieren wir die insbesondere für KMU wichtige Weiterbildungsförderung für Beschäftigte und schaffen mit dem Qualifizierungsgeld ein neues Instrument für Unternehmen, die besonders von der Transformation betroffen sind.
- Inklusiver Arbeitsmarkt. Wir schaffen Anreize für Arbeitgeber, die noch keine schwerbehinderten Menschen beschäftigen, ihrer Verantwortung künftig nachzukommen und ermöglichen zugleich noch mehr Unterstützung.
- Mit dem neuen Bürgergeld eröffnen wir Langzeitarbeitslosen neue Chancen auf eine qualifizierte und nachhaltige Beschäftigung und gewinnen Fachkräfte.
- Um gesundes Arbeiten bis zur Rente zu ermöglichen, werden wir gesundheitsfördernde Maßnahmen wie Prävention und Reha stärker fördern sowie den Arbeits- und Gesundheitsschutz weiter stärken.

4. Weniger Bürokratie, schnellere Prozesse

- Wir haben in dieser Legislaturperiode bei der Digitalisierung der Verwaltung einen wichtigen Schritt gemacht. Die Änderung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) legt einen starken Fokus auf spürbare Erleichterungen und Beschleunigungen für den Kontakt zwischen Unternehmen und der Verwaltung. Im Rahmen einer Aktualisierung des OZG wollen wir diesen Weg konsequent weitergehen. Damit für die Wirtschaft besonders relevante Verwaltungsleistungen auch besonders schnell digital in ganz Deutschland zur Verfügung stehen, digitalisieren wir die wichtigsten Leistungen prioritär. Die Kommunikation zwischen Unternehmen und Verwaltung soll in Zukunft ausschließlich digital möglich sein.

- Noch grundlegender als einzelne Leistungen zu digitalisieren bleibt, die nötige Infrastruktur aufzubauen. Das sind vernetzte Register, digitale Identitäten für Unternehmen und bundeseinheitliche Basiskomponenten wie z.B. ein digitales zentrales Organisationskonto für Verwaltungsleistungen. Wir fordern zudem eine Stärkung von Standards, Schnittstellen und Basiskomponenten. Ein Ausbau der Föderalen IT-Kooperation (FITKO) als Umsetzungs- und Strategieeinheit sowie eine Umsetzung des Kommunalpakts tragen dazu bei.
- Die Anstrengungen beim Bürokratieabbau müssen verstärkt werden: Dazu wollen wir ein echtes Entbürokratisierungsgesetz. Dort müssen die Verwaltungsprozesse insbesondere für KMU einfacher, transparenter und nachvollziehbarer werden. Um dies zu erreichen, ist eine Vielzahl von Maßnahmen erforderlichen. So müssen die zahllosen Berichts-, Nachweis- und Aufbewahrungspflichten auf ihre Notwendigkeit hin überprüft und verringert werden, soweit negative Auswirkungen etwa auf die Sicherstellung des Steueraufkommens ausgeschlossen sind.
- Bei der Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren haben wir als Koalition viele Maßnahmen auf den Weg gebracht, die ihre Wirkung bereits entfalten und Planungen und Genehmigungen zukünftig noch stärker beschleunigen. Auf diesem Weg wollen wir voranschreiten und beispielsweise bestehende Genehmigungs- und Zustimmungsfristen für Behörden überprüfen sowie dort, wo es notwendig ist, neue einführen. Im Baurecht wollen wir die Genehmigung von Windenergieanlagen in Industrie- und Gewerbegebieten zusätzlich erleichtern.
- Auch die Planungs- und Genehmigungsverfahren für die erneuerbaren Energien, einschließlich der Wasserstoffinfrastruktur und -erzeugung, werden wir weiter beschleunigen. Dazu streben wir unter anderem schnelle Standardisierungen im Naturschutzrecht und eine Verstärkung der Erleichterungen der Notfall-Verordnung an. Zusätzlich wollen wir prüfen, wo wir das Verbandsklagerecht in seiner Reichweite einschränken können, damit überregionale Verbände mit politischen Zielen die Umsetzung von konkreten Projekten nicht mehr so einfach stoppen können. Wir wollen den Einsatz von teuren und zeitaufwendigen Gutachten im Genehmigungsverfahren eindämmen und dazu auch Gutachten- und Umweltkatasterdatenbanken aufbauen. Außerdem werden wir die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr im Bereich der Genehmigung von Windenergieanlagen weiter verbessern. Für den Transport von Windenergieanlagen braucht es eine Beschleunigung bei der Genehmigung von Großraum- und Schwertransporten.
- Den vorliegenden Gesetzentwurf zur Verbesserung des Klimaschutzes beim Immissionsschutz und zur Beschleunigung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren werden wir pragmatisch beraten und noch im Herbst verabschieden. Darin enthalten sind u.a. die Schärfung von Fristen und Prozessen und die Einführung eines Projektmanagers, die zu einer Beschleunigung der Verfahren führen werden. Für immissionsschutzrechtliche Genehmigungen wollen wir schrittweise gemeinsam mit den Bundesländern eine sichere digitale Plattform entwickeln, in der alles vom Antrag bis zum Bescheid digital und für den Antragssteller transparent abläuft. Dafür wollen wir auch die Möglichkeiten von KI nutzen.
- Mit dem Genehmigungsbeschleunigungsgesetz wollen wir unsere Verkehrswege deutlich schneller sanieren und den Neu- und Ausbau insbesondere bei der Schiene voranbringen.
- Von Bund und Länder erwarten wir zeitnah den Abschluss des geplanten Pakts für Planungsbeschleunigung. Erreicht werden müssen Vereinfachungen beim Ausbau der digitalen Infrastrukturen (Mobilfunk und Gigabitausbau), Fortschritte bei der Digitalisierung der Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie die schnellere und vollständige Digitalisierung der Verwaltung. Neben der Weiterentwicklung des OZG ist der Ausbau des EfA-Prinzips (Einer für Alle) und die flächendeckende und einheitliche Nutzung leistungsfähiger Standards von herausragender Bedeutung.
- Wir unterstützen das in der Startup-Strategie angekündigte Vorhaben der Bundesregierung, ein Projekt zur Senkung bürokratischer Anforderungen für neu gegründete Unternehmen zu initiieren, damit Gründer:innen sich nach der Gründung voll auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren können. In diesem Rahmen fordern wir Vorschläge für ein bürokratiarmes erstes Jahr.

5. Gemeinsam stärker: Wirtschaft im europäischen Kontext entwickeln

- Unsere nationalen Anstrengungen müssen in eine starke Industriestrategie der EU eingebunden sein. Wir brauchen eine europäische Industrie-Investitionsoffensive mit besonderem Fokus auf Zukunftstechnologien, dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der Förderung industrieller Innovationen. Darüber hinaus sind zusätzliche gemeinsame Finanzierungsinstrumente konstruktiv zu prüfen.
- Insbesondere muss das Förderinstrument zu wichtigen Projekten im gemeinsamen europäischen Interesse (Important Projects of Common European Interest; IPCEI) noch weiter mit dem Fokus auf Schlüsseltechnologien ausgebaut und deutlich schneller und unbürokratischer umgesetzt werden.
- Zudem braucht das EU-Beihilferecht ein Update, um es auf die neuen Herausforderungen im globalen Wettbewerb besser auszurichten. Das geltende EU-Beihilferecht, welches in der Vergangenheit geholfen hat, Subventionswettläufe unter EU-Mitgliedstaaten zu Lasten der Steuerzahlenden zu verhindern, hält nicht mehr Schritt mit den geänderten Rahmenbedingungen und schränkt eine erfolgreiche Positionierung des europäischen Wirtschaftsraums im globalen Wettbewerb zu stark ein.
- In der Zukunftsbranche Raumfahrt können nur mehrere europäische Nationen gemeinsam die großen Projekte stemmen. Wir erwarten daher, dass der EU-Weltraumgipfel im November 2023 hier zu konkreten Ergebnissen kommt. Deutschland und Frankreich als die größten Volkswirtschaften in der EU müssen hier eine Vorreiterrolle einnehmen.

6. Internationalen Handel ausbauen – Resilienz stärken

- Unsere Wirtschaft ist auf Rohstoffe angewiesen. Um die Wertschöpfung und damit gute Arbeitsplätze etwa im Bereich der Elektromobilität und der erneuerbaren Energien anzusiedeln, fordern wir eine Rohstoffstrategie, die die Unternehmen bei der Versorgung unterstützt, gleichzeitig klare ethische Leitplanken setzt und auch die heimischen Rohstoffe in den Blick nimmt. Dazu müssen wir die Kreislaufwirtschaft stärken. Sie ist unabdingbar, um mit Rohstoffen schonend umzugehen, steigende Bedarfe nachhaltig zu decken und die deutsche Wirtschaft unabhängiger von Rohstoffimporten zu machen. Wir brauchen ein verstärktes Recycling von Materialien. In einem zweiten Schritt müssen wir – wann immer möglich – aufhören, Rohstoffe aus der Natur zu entnehmen und stattdessen die in unseren Abfällen enthaltenen Wertstoffe konsequent im Kreislauf führen. Ohne eine zirkulär ausgerichtete Wirtschaft wird es keine Klimaneutralität geben.
- Wir sprechen uns für den Abschluss weiterer Handelsabkommen aus. Neben dem Ausbau des freien Handels fordern wir fairen und wertebasierten Handel: Handelsverträge sollen nicht nur Zölle und Handelsschranken abbauen, sondern auch Arbeitnehmerrechte sowie Nachhaltigkeits- und Sozialstandards sichern. Dazu gehört auch, bevorzugt Handelsbeziehungen mit Ländern aufzubauen, die unsere Werte teilen. Wichtig ist uns auch die Augenhöhe: Die EU ist nicht in der Position, aufstrebenden Ländern wie Brasilien, Indien oder den Ländern des globalen Südens seine Bedingungen zu diktieren, sondern muss in allen Verträgen auch die Interessen seiner Partner respektieren. Daher fordern wir die Bundesregierung auf, sich auf EU-Ebene für einen zügigen Abschluss der Abkommen mit Mercosur und mit Mexiko einzusetzen und die Verhandlungen der EU mit wichtigen Partnern wie Indien und Indonesien voranzutreiben.
- Um die Abhängigkeit von einzelnen Ländern bei Energielieferung zu verhindern, brauchen wir auch Wasserstoff als Energieträger. Wir erwarten daher die optimale Ausgestaltung eines Wasserstoff-Kernnetzes, die Fortschreibung der Wasserstoffstrategie und die Förderung des Wiederaufbaus der PV-Industrie in Deutschland. Wir brauchen einen neuen Hochlauf erneuerbarer-Energien-Technologien und Speichertechnologien mit europäischer, heimischer Wertschöpfung.